



BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

NEWSLETTER JANUAR 2025

BERND RÜTZEL

Mitglied des
Deutschen Bundestages

Vorsitzender des Ausschusses
für Arbeit und Soziales

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreis: Aschaffenburg

WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

MIT NUR EINEM KLICK:



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

das Jahr neigt sich dem Ende zu, wir sind in der Adventszeit. Advent – Ankunft – ist traditionell die Zeit der Erwartung. Gerade jetzt in der Adventszeit treffe ich viele, die verunsichert sind. Die heile Welt, die die meisten von uns noch kennen, scheint sich langsam aufzulösen. Von außen, wo man gegeneinander kämpft und auch von innen, wo kaum noch jemand dem anderen zuhört.

Es gibt aber auch sehr viele Menschen, die Mut machen, die etwas verändern wollen. Die aufeinander zugehen und Grenzen überwinden. Wir brauchen Mutmach-Menschen, wir brauchen Mutmach-Gedanken und wir brauchen Mutmach-Lieder oder einfach ausgedrückt: Zuversicht und Hoffnung. Ich wünsche mir, dass wir das an Weihnachten erfahren können.

Zuversicht und Hoffnung, das wünsche ich mir auch für den Bundestagswahlkampf. Jeder und jede kann dazu einen Beitrag leisten. Niemand wird stärker, nur weil er andere kleiner macht.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen ein frohes Weihnachtsfest.

Bernd Rützel



2



Syrien befreit sich

3



Nach der Vertrauensfrage

5



Unsere Bilanz als
SPD-Bundestagsfraktion

6



Unterwegs in MSP, MIL,
AB und darüber hinaus

KLARTEXT

SYRIEN BEFREIT SICH



Zuversicht und Hoffnung, das gilt auch für Syrien. Der Diktator musste fliehen - wie so viele Menschen, die er jahrelang auf die schrecklichste Weise verfolgt und unterdrückt hat. Seinen goldenen

Käfig konnte er vermutlich mitnehmen. Das gilt nicht für die vielen Syrerinnen und Syrer, die ihr Land verlassen mussten. Sie haben gehofft, einmal in ihre Heimat zurückkehren können.

Knapp eine Million Menschen aus Syrien leben hier. Sie sind geflohen vor Krieg, Gewalt und Tyrannei. Sie haben unsere Sprache gelernt. Über die Hälfte der Männer arbeiten in Deutschland. Bei den Frauen ist es jede Fünfte. Mehr als 5000 sind als Ärztin oder Arzt tätig. Zehntausende sind mittlerweile Deutsche. Wir haben ihnen geholfen. Wir haben sie aufgenommen und wir profitieren davon. Die Menschen aus Syrien geben uns etwas zurück. Manche wollen jetzt wieder nach Hause, fühlen sich verpflichtet, ihr

Heimatland wieder aufzubauen. Ich finde es unwürdig, wenn so manche Politikerin oder Politiker der CDU/CSU jetzt reflexartig herausposaunt, dass die Menschen wieder zurückkehren sollen. Na dann, Gute Nacht, wenn alle gehen. Da werden sich noch manche wundern, was dann alles plötzlich in Deutschland nicht mehr möglich ist. Es grauselt mich gewaltig, wenn manche Konservativen jetzt Geflüchtete nach Ihrer Nützlichkeit bewerten wollen. Christoph Süß hat es in „quer“ im BR Fernsehen auf den Punkt gebracht: Schnell kann auch die eigene Nützlichkeit für das Gemeinwesen verloren gehen. Was dann?

Ich rate zur Gelassenheit und hoffe, dass sich Syrien gut entwickelt. Ich freue mich, wenn manche wieder in ihre Heimat zurückkehren können und wollen und Deutschland immer als Freund, als guter Nachbar, als Verbündeter in Erinnerung behalten. Und ich bin dankbar, dass Menschen bei uns bleiben wollen und mit uns gemeinsam leben wollen. Wir können davon nur profitieren.

POLITIK FÜR DIE WESTENTASCHE

DIE VERTRAUENSFRAGE — ARTIKEL 68 GRUNDGESETZ

1. Bundeskanzlerin/-kanzler stellt im Bundestag den Antrag, das Vertrauen auszusprechen. Antrag wird schriftlich bei Bundestagspräsident/in eingereicht und als Bundestagsdrucksache veröffentlicht.
2. Zwischen Antrag und Abstimmung mind. 48 Stunden.
3. Kanzler/in erhält bei Abstimmung keine Mehrheit und schlägt Bundespräsident/in Auflösung des Bundestags vor.
4. Bundespräsident/in muss innerhalb von 21 Tagen über Auflösung entscheiden.
5. Bei Auflösung muss es innerhalb von 60 Tagen die Neuwahl geben (Art. 39, 1 Satz 4 GG).
6. Der Tag der Bundestagswahl wird nach dem Bundeswahlgesetz von Bundespräsident/in formal festgelegt.
7. Bis zum Zusammentritt des neuen Bundestags bleibt Kanzler/in im Amt (Artikel 69 GG).



SPD Unterfranken

FÜR UNTERFRANKEN

EIN STARKES TEAM

Als BayernSPD haben wir in Bamberg unsere Landesliste für die Bundestagswahl 2025 aufgestellt. Ich freue mich über meinen Platz 9. Zusammen mit Staatssekretärin Sabine Dittmar auf Platz 6 haben wir zwei Unterfranken unter den ersten Zehn. Auf den weiteren Plätzen sind: Markus Hümpfer (Schweinfurt) auf 21, Karharina Räth (Würzburg) auf 28 und Manuel Michniok (Aschaffenburg) auf 37.

Gemeinsam mit allen Kandidierenden kämpfen wir für ein sozial gerechtes und modernes Deutschland. Zusammen sind wir ein starkes Team für Unterfranken und Bayern.

[Hier geht's zur kompletten Landesliste der Bayern-SPD und zur Übersicht über unsere Kandidatinnen und Kandidaten mit ihren Steckbriefen.](#)

WEITER GEHTS

NACH DER VERTRAUENSFRAGE

Nach 1972 (Willy Brandt), 2x 1982 (Helmut Schmidt und Helmut Kohl), 2001 und 2005 (jeweils Gerhard Schröder) wurde vor wenigen Tagen zum sechsten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik über eine Vertrauensfrage abgestimmt.

In der Abstimmung standen wir als SPD fest und geschlossen an der Seite unseres Bundeskanzlers Olaf Scholz, der unser Land in stürmischen Zeiten

mit Weitblick, Besonnenheit und klarer Haltung geführt hat. Und wir stehen auch im kommenden Bundestagswahlkampf an der Seite unseres Kanzlerkandidaten.

Erwartungsgemäß hat er die Vertrauensfrage verloren und damit den Weg für vorgezogene Neuwahlen frei gemacht. Nun ist der Bundespräsident am Zug.

Unser verabredetes Ziel mit den Fraktionen von CDU/CSU, Grüne und FDP ist es, dass die Bürgerinnen und Bürger am 23. Februar 2025 einen neuen

Bundestag wählen können. Bei dieser Wahl geht es um eine Richtungsentscheidung. Die Wählerinnen und Wähler entscheiden darüber, wie wir die großen Fragen unserer Zeit beantworten. Trauen wir uns zu, als starkes Land kraftvoll in unsere Zukunft zu investieren? Sichern wir Arbeitsplätze und modernisieren wir unsere Industrie? Sorgen wir für stabile Renten, eine verlässliche Gesundheitsversorgung und gute Pflege? Kommen wir einem gerechten Frieden in der Ukraine näher, ohne dass Deutschland in den Krieg hineingezogen wird? Um all diese Fragen wird es bei der Bundestagswahl gehen.

Bis zur Neuwahl bleibt das Parlament und bis zur Bildung einer neuen Regierung bleibt die Bundesregierung unter Kanzler Scholz voll handlungsfähig. Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, dass alle politischen Kräfte ihre Verantwortung wahrnehmen und zum Wohl des Landes zusammenarbeiten.

Es ist gut, dass CDU/CSU und FDP nach einigem Hin- und-Her nun doch daran mitwirken, Sachfragen, die keinen Aufschub dulden, abzuarbeiten:

⇒ Erhöhung Kindergeld

Ab Januar plus fünf Euro monatlich (dann 255 Euro), ebenso beim Kindersofortzuschlag für Familien mit geringem Einkommen (dann 25 Euro). Auch der Kinderfreibetrag wird angehoben.

⇒ Abmilderung Kalte Progression

Dafür werden alle Eckwerte im Steuertarif - bis auf die Reichensteuer - so verschoben, dass höhere Steuersätze erst später greifen. Unter anderem wird der Grundfreibetrag angehoben, also der Teil des Einkommens, der nicht besteuert wird.

⇒ Deutschlandticket

Änderung des Regionalisierungsgesetzes, um die Übertragbarkeit von Restmitteln aus staatlichen Zuschüssen auf Folgejahre zu ermöglichen. Der Preis steigt von derzeit 49 Euro auf dann 58 Euro pro Monat.

⇒ Schutz des Bundesverfassungsgerichtes

Festschreibung der zwölfjährigen Amtszeit der Richter, der Ausschluss einer Wiederwahl sowie die Altersgrenze der Richter von 68 Jahren werden im Grundgesetz festgeschrieben, sodass Änderungen nur noch mit Zwei-Drittel-Mehrheit möglich sind.

⇒ CO₂-Speichergesetz

Unterirdische Speicherung v.a. in der Nordsee von klimaschädlichem CO₂ aus schwer vermeidbaren Emissionen u.a. der Kalk- und Zementproduktion.

⇒ Bundeswehrmandate

Vier Auslandseinsätze der Bundeswehr sollen vorzeitig verlängert werden: Eunavfor Aspides (EU) und UNMISS (UN) im Südsudan, Sea Guardian (NATO) und Eunavfor Med Irini (EU) im zentralen Mittelmeer.

Bei anderen wichtigen Projekten stellen sich Union und FDP quer: Beim Schutz vor häuslicher Gewalt will die Union z.B., dass der Schutz in Frauenhäusern nicht für Transfrauen gilt. Bei der Deckelung und Stabilisierung der Gebühren für die Stromnetze, um zu verhindern, dass die Strompreise im Januar steigen, macht die Union nicht mit, ebenso wie bei der Verlängerung der Mietpreisbremse oder der Stabilisierung des Rentenniveaus.





Deutscher Bundestag

LIEFERKETTEN

MENSCHENRECHTE EINHALTEN

Ausgerechnet am Vorabend zum Nikolaustag hatten wir im Deutschen Bundestag Gesetzentwürfe von CDU und CSU sowie von der FDP zur Abschaffung des Lieferkettengesetzes zu debattieren.

Die Legenden rund um den Heiligen Nikolaus sollten allgemein und auch in den Parteien, die das Wort „christlich“ in ihren Bezeichnungen tragen, bekannt sein. Denn der Mann mit dem roten Gewand und der Mitra hat hingeschaut und Menschen in Not und Hunger geholfen. Nichts anderes verlangen wir von großen Unternehmen (mit mehr als 1.000 Mitarbeitenden seit 2024), dass sie hinschauen, wo Menschenrechts- und Umweltstandards verletzt werden. Dabei haben sie mit dem Lieferkettengesetz eine Bemühenspflicht und keine Erfolgspflicht. Und sie haben einen Vorteil, denn mit dem EU-Lieferkettengesetz, das im Juli verabschiedet wurde, sind nun alle Unternehmen in Europa gefragt.

Mein Rat an CDU/CSU: Die Gesetzentwürfe dem Nikolaus mitgeben, der weiß was zu tun ist, und dann gibt es faire Schokolade, faire Mandarinen, und dafür sind viele dankbar auf der Welt. [Hier geht's zur Rede.](#)



SPD-Bundestagsfraktion

BILANZ

2021 - 2025

Über drei Jahre haben wir mit viel Einsatz und Energie unseren Beitrag dazu geleistet, das Leben der Menschen besser zu machen. Dabei war es immer unser Anspruch, unterschiedliche Positionen zusammenzuführen. Verantwortungsvolles Regieren muss Raum für Kompromisse schaffen, gerade in schwierigen Zeiten. Und die Herausforderungen waren und sind groß: Klimakrise, Krieg in Europa, hohe Energiepreise...

Auf all das haben wir umgehend und umfassend reagiert und gleichzeitig zentrale Vorhaben umgesetzt, an entscheidenden Stellen Verbesserungen für die Menschen erzielt und die Modernisierung des Landes vorangebracht. Unsere Bilanz kann sich sehen lassen: Von der Erhöhung des Kindergeldes bis zur Anhebung des Mindestlohns, vom massiven Ausbau der erneuerbaren Energien bis zum Deutschlandticket, von Investitionen in die Infrastruktur bis zur Krankenhausreform. [Hier geht's zum Überblick über das Erreichte.](#)

Gerne hätten wir noch weitere wichtige Punkte umgesetzt: Etwa ein stabiles Rentenniveau, die Stärkung der Tarifbindung und Maßnahmen zur Belebung unserer Wirtschaft. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

KURZ & KNAPP

TERMINE IM DEZEMBER

BESUCH IM BUNDESTAG



Büro Rützel

Besuch aus Unterfranken begrüße ich immer wieder gerne im Deutschen Bundestag. Just am Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung (3. Dezember) war Alberto Marrama mit seiner Familie zu Gast. Alberto ist durch seine Behinderung auf einen Elektrorollstuhl angewiesen - eine gute Gelegenheit, um die Barrierefreiheit in den Gebäuden des Deutschen Bundestages zu testen. Unabhängig vom Aktionstag ist es mir als Sozialpolitiker ein großes Anliegen, verstärkt auf die Belange von Menschen mit körperlichen oder geistigen Einschränkungen aufmerksam zu machen und praktische Verbesserungen zu erreichen.



Bernd Rützel

WERNFELD: PROBLEM GELÖST



Büro Rützel

In der letzten Ausgabe hatte ich davon berichtet, dass ich von Wernfelder Bürgerinnen und Bürger um Hilfe gebeten worden war: Die Züge auf den Bahngleisen hatten seit dem letzten Umbau so viel Lärm verursacht, dass die Anlieger nicht mehr in Ruhe schlafen konnten. Nachdem die Bahn auf meine Bitte vorab mögliche Lärmquellen geprüft hatte, ohne die verursachende Stelle zu finden, haben wir uns gemeinsam mit Betroffenen und Vertretern der Bahn vor Ort getroffen. Schnell war das Problem ausgemacht und die Schienen wurden in den folgenden Wochen an der richtigen Stelle abgeschliffen.

Die Lärmbelästigung in Wernfeld ist also behoben.

Um sich für meine Unterstützung zu bedanken, ist der Mann im Bild extra aus Wernfeld zu mir ins Wahlkreisbüro gekommen. Danke für das nette Feedback. Selbstverständlich helfe ich gerne.

TAGESAKTUELL INFORMIERT:

www.bernd-ruetzel.de

facebook.com/BerndRuetzelMdB

instagram.com/bernd_ruetzel

youtube.com/@berndruetzelmdb1037

KURZ & KNAPP

TERMINE IM DEZEMBER

VER.DI



Bernd Rützel

Austausch mit Mitgliedern des Hauptpersonalrates von ver.di zur Lage im Bundesministerium der Finanzen und zur Verbesserung der Mindestlohnkontrollen durch den Zoll.

WALLFAHRTSKIRCHE MARIABUCHEN



Bernd Rützel

Die Wallfahrtskirche Mariabuchen erstrahlt nach acht Monaten Sanierung in neuem Glanz. Ich habe mich dafür eingesetzt, dass vom Denkmalschutz-Sonderprogramm des Bundes 240.000 Euro hier investiert wurden, das war fast die Hälfte der Gesamtkosten. Klasse, dass wir das gemeinsam geschafft haben und nun die Eröffnung feiern konnten.

THEMA RENTE IN SELIGENSTADT



Büro Jens Zimmermann

Wir stehen als SPD an der Seite derjenigen, die mit ihrer jahrzehntelangen Arbeit unseren Wohlstand geschaffen haben. Eine auskömmliche Rente ist ein Zeichen des Respekts vor ihrer Lebensleistung. Darüber habe ich auf Einladung meines Kollegen Jens Zimmermann in Seligenstadt vor vollem Haus gesprochen.

Klar ist: Nur mit uns gibt es eine stabile Rente und kein höheres Renteneintrittsalter, wie es die Union immer wieder fordert. Mit dem Rentenpaket II, das die Bundesregierung bereits beschlossen hatte, wollen wir ein Rentenniveau von mindestens 48 Prozent garantieren. Das Rentenniveau gibt an, wie sich die Renten im Verhältnis zu den Löhnen entwickeln, die in den letzten Jahren dank guter Tarifabschlüsse und unserer Mindestlohn-Erhöhung auf 12 Euro ordentlich gestiegen sind. Sinkt es, werden die Rentner von der Lohnentwicklung abgekoppelt und haben im Vergleich zu Arbeitnehmenden also weniger Geld zur Verfügung.

Nach dem Koalitionsbruch gilt das Rentenniveau nun nur noch bis einschließlich 2025. Ich setze mich weiter dafür ein, das Rentenniveau zu sichern – damit die Renten ab 2025 im Vergleich zu den Arbeitseinkommen nicht sinken.

GASTBEITRAG

VON MDL MARTINA FEHLNER

Büro Martina Fehlner



Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Tourismus- und Medienpolitische
Sprecherin der SPD-Fraktion

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Theatertickets buchen, Lohnsteuererklärung, Terminanfrage beim Arzt: Immer mehr läuft heute online, Computer und Internet sind aus unserem Alltag kaum mehr wegzudenken. Umso wichtiger ist es, dass Kinder bereits in der Schule lernen, wie sie sich in unserer zunehmend digitalisierten Welt zurechtfinden. Dazu braucht es nicht nur entsprechend qualifizierte Lehrkräfte, sondern auch eine ausreichende Ausstattung unserer Schulen mit digitalen Endgeräten und WLAN. Eine aktuelle Anfrage der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag zeigt hingegen, wie prekär die Lage tatsächlich ist.

Ein Beispiel: Von 10.200 Mittelschulklassen im Freistaat sind lediglich 1.967 mit ausreichend Tablets oder Laptops ausgestattet – das ist weniger als jede fünfte Klasse. Und auch in Sachen WLAN-Verfügbarkeit herrscht erheblicher Nachholbedarf: So hat jede vierte Schule in Bayern kein flächendeckendes WiFi. So ist digitaler Unterricht nur eingeschränkt möglich.

Problematisch wird das Lernen mit digitalen Medien vor allem für Schülerinnen und Schüler aus finanziell weniger begünstigten Familien. Wenn die Klasse vom Schulbuch aufs Tablet switcht, stellt sich für viele von ihnen die Frage: Wie finanzieren? Denn die aktuellen

staatlichen Zuschüsse in Höhe von 350 Euro pro Gerät decken nur etwa die Hälfte der Anschaffungskosten ab, Pencil, Tablet-Tasche und Software noch gar nicht mit eingerechnet.

Dies ist nicht gerecht. Denn jedes Kind in Bayern hat ungeachtet der sozialen Herkunft gleiche Chancen auf Bildung verdient. Wir Abgeordneten der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag fordern daher, dass die digitale Lernmittelfreiheit im Gesetz verankert wird. Wir drängen auf mehr Tempo bei der Glasfaseranbindung und der WLAN-Versorgung unserer Schulen. Nötig sind aber auch mehr Fortbildungsangebote zur digitalen Bildung für Lehrkräfte – gerade in Bezug auf den Umgang mit Künstlicher Intelligenz sollten Pädagogen die Möglichkeit haben, sich entsprechende Fachkompetenzen anzueignen.

Wir brauchen also noch einen gewaltigen Schub bei der Digitalisierung an unseren Schulen. Deshalb werde ich mich mit meiner Arbeit im Bayerischen Landtag auch im kommenden Jahr mit Nachdruck für eine gute und vor allem gerechte Bildungspolitik einsetzen.

Nun wünsche ich Ihnen und Ihren Familien erholsame und friedliche Weihnachtstage. Nach einem bewegten Jahr, das oft von Unsicherheit, besorgniserregenden Nachrichten und kriegerischen Ereignissen geprägt war, wünsche ich mir, dass wir dennoch mit Zuversicht nach vorne blicken. Begegnen wir uns gegenseitig mit Wertschätzung und ohne Hass und Hetze. Gestalten wir gemeinsam eine friedliche Zukunft.

Herzlichst

Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuerou@martina-fehlner.de